

„Kommunales Wahlprogramm für Langen“ DIE LINKE

Liebe Langener Bürgerinnen und Bürger,

wir die Partei DIE LINKE treten mit unseren Bündnispartner*innen, Unterstützern*innen und Umwelt-Klima-Aktivist*innen in Langen an, um die konservative bürgerliche Mehrheit im Stadtparlament zu brechen. Dies ist notwendig um einen sozial-ökologischen Wandel auch lokal zu erstreiten. Wer das will muss „DIE LINKE“ wählen.

Die „Coronakrise“ hat viele Missstände deutlich gemacht, vor allem wurden die sozialen Missstände verschärft!

Wir brauchen auch lokal eine sozial und ökologische Opposition damit wir die kommenden Angriffe auf die Menschen und den Raubbau an der Natur abwehren können. DIE LINKE wird in der Stadtverordnetenversammlung jeder Verbesserung der Lebensbedingungen in Langen zustimmen und jeder Verschlechterung entschieden entgegen treten. Dafür suchen wir auch die Zusammenarbeit mit all Jenen, mit denen ein echter Politikwechsel zu einem sozial-ökologischen Langen möglich ist. Aber Regieren ist für uns kein Selbstzweck: An einer Stadtregierung, die Sozialabbau, Kürzungspolitik, Privatisierung oder Arbeitsplatzabbau betreibt, werden wir uns nicht beteiligen. DIE LINKE steht für eine Politik im Interesse der Mehrheit der Langener*innen.

In diesen Zeiten ist es mehr denn je nötig, dass die starken Schultern mehr tragen als die Schwachen! Eine Besteuerung der Reichen muss auf Bundesebene eingeführt werden um in den Kommunen die kommenden Haushaltsdefizite auszugleichen. Das Festhalten an einer schwarzen Null ist grade unter diesen Bedingungen unmöglich.

Wir wollen uns der kommenden Wahl stellen und haben uns in unserem Programm folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Kita für Alle

Da die Kindertagesstätte zur vorschulischen Bildung gehört, muss diese auch kostenfrei sein. Ist dieses nicht möglich (aus politischen Mehrheitsverhältnissen) wollen wir das die Stadt Langen zur Kitastaffelung (d.h. nach Einkommen) zurückkehrt. Um die Wartelisten für alle Kindergartenplätze abzubauen fordern wir den konsequenten Ausbau von Kitas und die dazu notwendige Personalaufstockung. Dieses muss, wenn möglich, in öffentlicher Hand geschehen, so wird eine politisch und religiöse Abhängigkeit verhindert. Eine tarifgebundene Bezahlung (nach Verdi-Tarif) ist maßgebend und notwendig.

Eine flächendeckende Kitaversorgung stärkt unter anderem die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Unter der „Coronakrise“ hat die Bildungsbenachteiligung weiter zugenommen. Nicht zuletzt aufgrund beengter Wohnverhältnisse und mangelhafter technischer Ausstattung. Es wurde deutlich, dass die wochenlange Übertragung von Kita-Aufgaben und schulischen Bildungsaufgaben viele Eltern, noch dazu bei paralleler Homeoffice-Arbeit, überfordert hat. Sie können und wollen nicht die Bildungsaufgaben der Erzieher*innen und Lehrer*innen ersetzen. Es werden zusätzlich Räume gebraucht. Wenigstens vorübergehend bis Schulen umgebaut bzw. erweitert sind.

DIE LINKE fordert:

- Gebührenfreiheit für Kita, Horte und Kindertagespflege.
- Eine angemessene Entlohnung und ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten für Sozial- und Erziehungsdienste. Der Verdi-Tarifvertrag muss Anwendung finden.
- Die Berufsausbildung zum*zur Erzieher*in durch städtische Stipendien zu fördern.
- Jedem Kleinkind muss ein Kitaplatz angeboten werden.
- Freistellung der Kita-Leitung für ihre administrativen Aufgaben
- Die Stadt Langen muss die benötigten Finanzmittel, um diese Forderungen zu erfüllen, von Land Hessen und dem Bund einfordern.

2. „Langener Bannwald muss erhalten werden“

Der OV-Langen „DIE LINKE“ unterstützt das „Aktionsbündnis Langener Bannwald“ und beteiligt sich auch weiterhin aktiv.

Die lokalen Ökosysteme wollen wir sichern und verteidigen. Sie dem kurzzeitigen Profit Weniger zu opfern ist nicht im Interesse kommender Generationen und vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Klimakrise unverantwortlich und kontraproduktiv. Auch unsere Trinkwasserversorgung in Langen ist davon abhängig. Wer den Umweltschutz will muss den Bannwald in Langen sichern, bzw. erhalten. Wir stehen hinter den Forderungen des „Aktionsbündnis Langener Bannwald“.

DIE LINKE fordert:

- Keine weitere Verpachtung städtischen Waldes an Firmen, zum Zwecke weiterer Auskiesung.(oder: weiteren Raubbaus)
- Alle ausstehenden Renaturierungsverpflichtungen und Rekultivierungsmaßnahmen müssen unverzüglich durchgeführt werden.
- Die Stadt Langen muss sich bei den zuständigen Instanzen (Regierungspräsidium Darmstadt und dem Umweltministerium Hessen) für den Erhalt des Langener Bannwaldes einsetzen.
- Ein unabhängiger Umweltgutachter muss mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung beauftragt werden.

3. Umwelt-Klima-Tierschutz/Tierrechte:

In Zeiten in der eine ökologische Katastrophe offensichtlich und die Wissenschaft der Meinung ist „Ein Weiter so!“ sei unverantwortlich, muss sich das auch in der Kommunalpolitik widerspiegeln. Wir wollen, dass unsere „lokalen Ökosysteme“ erhalten bleiben. Die Grünflächen der Stadt müssen vor einem „Bauwahn“, der nur Besserverdienenden zu Gute kommt, bewahrt werden.

Um eine „CO2 neutrale Kommune“ zu werden stehen wir für den kostenfreien Nahverkehr ein, der barrierefrei zu sein hat. Auch Neubauten müssen ökologisch nachhaltig sein.

Die Energieversorgung gehört für uns in öffentliche Hand, um den konsequenten Ausbau der „Grünen Energie“ voran zu treiben. Naturschutzgebiete sind vom Wohnungsbau ausgeschlossen.

DIE LINKE fordert:

- Die Ausrufung des Klimanotstandes und das Ziel einer klimaneutralen Stadt Langen bis spätestens 2035. Auf dem Weg dahin müssen für die Bereiche Haushalte, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Industrie und Verkehr eindeutige Reduktionsziele festgelegt, regelmäßig überwacht und mit geeigneten Maßnahmen unterfüttert werden.
- Einen dauerhaft im Haushalt verankerten und mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Klimaschutzfonds, aus dem notwendige Investitionen finanziert werden können. Dieser darf nicht als Kompensation für klimaschädliche Maßnahmen fungieren.
- Einen Klimaanpassungsplan: Anpassung der Kanalisation, Lenkung und gezielte Verteilung von Regenwasser, Förderung grüner Dächer und Hinterhöfe, Schattenplätze und mehr öffentliche Trinkanlagen.
- Weiterer Ausbau von E-Ladestationen im Stadtgebiet.
- Der Strombedarf der E-Ladestationen sowie der Bedarf des öffentlichen Nahverkehrs muss mit erneuerbaren Energien gedeckt werden.
- Die Stadt Langen muss auf Energie aus Kohle und Atomkraft verzichten.
- Hunde die von Privatpersonen aus Tierheimen übernommen werden, sind in der Stadt Langen von der Hundesteuer zu befreien. Die Tierheime sind überfüllt. Wir dürfen dem Missbrauch von Haustieranschaffungen als Gesellschaft nicht tatenlos zusehen.

- Die Stadt Langen muss das Tierheim in Egelsbach auch finanziell unterstützen.
- Die Stadt Langen muss in dieser Legislaturperiode eine „Katzenschutzverordnung“ verabschieden.

4. Wohnungspolitik und Infrastruktur:

Die Wohnungspolitik in Langen war in den letzten 10 Jahren eine Katastrophe. Es wurden zu wenige Sozialwohnungen gebaut, (im Gegenzug) aber Luxuswohnungen für Besserverdiener errichtet. Die Infrastruktur, die Ausstattung mit Kitaplätzen, Bildungsmöglichkeiten und ausreichende Fahrradwege, wurden nicht genug berücksichtigt. Die aufkommende Verkehrsbelastung und die einhergehende Parkplatzsituation wurden ignoriert. In Zukunft muss gelten: Erst planen und dann vernünftig und nachhaltig bauen!

DIE LINKE fordert:

- Wenn in Zukunft Wohnungsneubauten auf städtischem Gelände errichtet werden, dann dürfen es nur Sozialwohnungen sein.
- Mietendeckel für Mieter und Gewerbetreibende einzuführen, um alteingesessene Bürger*innen und Kleingewerbe, d.h. Gaststätten, Läden und Handwerksbetriebe zu sichern.
- Förderung und Bau von Wohnheimen für Studierende und Auszubildende.
- Um weitere Miet- und Pachterhöhungen zu vermeiden, muss die Stadt Langen der Spekulation im Immobiliensektor entgegen treten und den Leerstand von intakten Gebäuden verhindern.
- Keine Erhöhung der Grundsteuer in der nächsten Legislaturperiode. Diese würde nur die Miet- und Pachtspirale nach oben treiben und damit die sozial Schwächeren in Langen besonders hart treffen.
- Rücknahme der letzten Grundsteuererhöhung!

5. Öffentliche Daseinsfürsorge:

In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig die öffentliche Daseinsfürsorge für uns alle ist. Wir stehen für den Ausbau des öffentlichen Dienstes. Jede Privatisierung ist mit uns nicht zu machen!!! Die kommunalen Mitarbeiter*innen hielten und halten unsere Stadt während des „Lockdown“ am Leben. Diese Beschäftigten verdienen nicht nur Applaus am Fenster oder Balkon. Sie verdienen Gehälter von denen Sie anständig leben können.

Die Schulen und Kitas müssen aus öffentlicher Hand das bekommen was schon längst nötig ist um in dieser „Krisen-Zeit“ den reibungslosen Ablauf zu gewährleisten. Dazu gehört neben der Hygiene auch die digitale Aufrüstung der Schulen ohne den Verlust von Arbeitsplätzen. Auch eine kostenfreie Fortbildung und entsprechende Ausstattung der Lehrer*innen und Schüler*innen ist notwendig.

DIE LINKE fordert:

- Ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm zum Bau von Kitas, Schulen, Straßen und sozialen Wohnungsbau.
- Das Investitionsprogramm soll vorrangig mit Betrieben aus der Region erfolgen.
- Keine Privatisierung von öffentlichen Betrieben, Einrichtungen und Aufgaben. Kommunale Daseinsfürsorge gehört in kommunaler Hand.
- Der öffentliche Nahverkehr muss barrierefrei werden.
- Rückführung von bereits privatisierten kommunalen Unternehmen in die öffentliche Hand.
- Keine Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen, wie Private Public Partnership (PPP), bei denen Finanzkonzerne hohe Profite auf Kosten der öffentlichen Kassen einstreichen. Keine externen privaten Berater die von unserem

- Stadtleben und Wünschen nichts verstehen.
- Ausbau vorhandener Frauen- und Männerhäuser in Langen
 - Die Stadt Langen soll mehr Beratungsstellen für Gewaltprävention, Drogenmissbrauch und Diskriminierung schaffen und einrichten.
 - Das Angebot an Kinderärzten und Mediziner aller Art muss der Bevölkerungsanzahl angepasst und somit deutlich erhöht werden.

6. Antifaschismus, Gleichberechtigung und Antidiskriminierung:

Langen ist eine weltoffene und internationale Stadt, in der Rassismus, Antisemitismus und faschistische Ideen keinen Platz haben dürfen.

Der Kampf gegen Rassismus in all seinen Formen, rechte Ideologien und Frauenfeindlichkeit ist eine tägliche Aufgabe. Als „DIE LINKE“ beteiligen wir uns in gesellschaftlichen Bündnissen gegen Rassismus und Faschismus.

Mit den Protesten um „BlackLivesMatter“ haben Betroffene nochmals lautstark betont: Auch wenn Langen sich gern weltoffen gibt, sind viele Menschen von Alltagsrassismus betroffen. Es ist unser aller Aufgabe, dafür Verantwortung zu tragen, dass kein Mensch herabgewürdigt oder diskriminiert wird. Es gilt, Rassismus überall entgegenzutreten – am Stammtisch, auf der Arbeit, im Alltag und insbesondere in den Behörden.

Gerade durch die Polizeiaffäre um NSU 2.0 wurde das Sicherheitsgefühl vieler Migrant*innen beeinträchtigt – und das 1. Polizeirevier in Frankfurt wurde zum Symbol für eine Polizei, der sie nicht vertrauen können. Dass darf in Langen nicht geschehen.

Wir werden das „Antifaschistisches Aktionsbündnis Langen“ weiter unterstützen. Es hat in der Vergangenheit großartige Arbeit geleistet. Wir setzen uns dafür ein, dass rechtsradikale und neofaschistische Aufmärsche und Versammlungen in Langen verhindert werden.

Des weiteren unterstützen wir die örtliche „Friedensinitiative“. Denn nur im Frieden können sich die Kommunen weiterentwickeln. Das Geld welches für Militär und Rüstung ausgegeben wird, fehlt für die kommunalen Aufgaben.

DIE LINKE fordert:

- Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Diskriminierung und rechte Gewalt.
- Keine Genehmigung von Aufmärschen von rechtsradikalen und neofaschistischen Organisationen und keine Vermietung städtischer Räume an solche.
- Förderung anti-rassistischer Bildungsarbeit, insbesondere an den Schulen.
- Fortbildung der städtischen Mitarbeiter*innen in der Verwaltung und bei der Polizei in interkultureller Kompetenz und Anti-Rassismus-Training, Deeskalationstraining.
- Wir fordern das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten und nicht EU-Ausländer. Das kommunale Wahlrecht ist ein wichtiger Schritt hin zu völligen rechtlichen Gleichstellung aller dauerhaft hier lebenden Menschen unabhängig von Herkunft und Pass.

Der Ortsverband Langen DIE LINKE.

V.i.S.d.P.: OV-Langen „DIE LINKE“ M.Rohrbach, Triftstraße 15, 63225 Langen